

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE

Entschließung zur Umsetzung der Beschlüsse der Digitalen 29. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 24. August 2020

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC*) am 24. August 2020 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeit zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 29. BSPC sowie dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und dessen Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
 - a) dass seine Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp in Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM und im Namen seiner Präsidentin Birgit Hesse als Berichterstatterin der BSPC für nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion auf der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz jeweils einen Bericht und Herr Abgeordneter Jochen Schulte als Berichterstatter der BSPC für integrierte Meerespolitik einen Bericht vorgestellt hat;
 - b) dass die Berichte über nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion, über die Arbeit der Helsinki-Kommission und über die Entwicklungen im Bereich der integrierten maritimen Politik durch den Landtag vorgelegt wurden;

- c) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement im Rahmen
- der Wahrnehmung der Berichterstattung der BSPC für nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion durch seine Präsidentin Birgit Hesse fortzusetzen,
 - der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM durch seine Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp fortzusetzen,
 - der Wahrnehmung der Berichterstattung der BSPC für integrierte maritime Politik durch den Abgeordneten Jochen Schulte als Maritimer Berichtersteller fortzusetzen.

Der Landtag anerkennt die damit verbundene Auszeichnung und Verpflichtung. Denn Artikel 11 seiner Verfassung verpflichtet das Land zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz zeigen, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen. Vor diesem Hintergrund wird der Landtag die mit seinem Engagement in der BSPC verbundenen Aufgaben weiterhin wahrnehmen und die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz wie bisher unterstützen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder
- a) Zusammenarbeit in der Ostseeregion im Lichte der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen,
 - b) Bewahrung der Umwelt, Meere und Ozeane für künftige Generationen,
 - c) Entwicklung der Digitalisierung,
 - d) Migration und Integration,
- in der Ostseeregion einzusetzen, diese im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen sowie den Landtag entsprechend dem Beschluss des 7. Landtages vom 30. Januar 2020 zu der Drucksache 7/4609 bis zum 31. März 2021 über die Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge zu unterrichten.

Thomas Krüger und Fraktion

Torsten Renz und Fraktion

Nikolaus Kramer und Fraktion

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Am 24. August 2020 fand die **29. Ostseeparlamentarierkonferenz** (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC*) mit etwa 150 Vertreterinnen und Vertretern der Regierungen, regionalen und nationalen Parlamente sowie internationalen und regionalen Organisationen und Institutionen statt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde die Veranstaltung in Form einer Digitalkonferenz abgehalten. Unter dem übergeordneten Motto „Vision 2030: Handeln für die Zukunft der Ostseeregion“ besprachen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Themen Regionale Zusammenarbeit, Umwelt- und Meeresschutz sowie Migration und Integration. Zum Abschluss der Konferenz verabschiedeten die Delegierten konkrete, an die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union gerichtete Handlungsempfehlungen einstimmig in einer Resolution.

Zu der Delegation des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, geleitet von seiner Präsidentin, Frau Birgit Hesse (SPD), zählten seine Erste Vizepräsidentin, Frau Beate Schlupp (CDU), sowie die Abgeordneten Herr Dirk Friedriszik (SPD), Herr Nikolaus Kramer (AfD), Herr Karsten Kolbe (DIE LINKE) sowie Herr Jochen Schulte (SPD) als Berichterstatter für integrierte maritime Politik.

Nachdem Herr Valerijus Simulik (Präsident der BSPC und Abgeordneter des Seimas der Republik Litauen) die Konferenz offiziell eröffnete, wurden die Teilnehmenden im Namen des Präsidenten der Republik Litauen, Herrn Gitanas Nausėda, von Herrn Sigita Mitkus (außenpolitischer Berater des litauischen Präsidenten) begrüßt. Im ersten Sitzungsabschnitt befassten sich die Teilnehmenden mit der Kooperation im Ostseeraum sowie mit gemeinsamen effektiven und nachhaltigen Lösungen für die Zukunft. Im zweiten Sitzungsabschnitt lag der Fokus auf der Bewahrung der Umwelt, Meere und Ozeane für künftige Generationen. Anschließend widmeten sich die Teilnehmenden dem Thema Migration und Integration. Hier präsentierte die BSPC Arbeitsgruppe „Migration und Integration“, deren sechstes Treffen zusammen mit dem Ostseejugendforum (*Baltic Sea Parliamentary Youth Forum*) am 27. bis 28. Mai 2019 in Schwerin abgehalten wurde, ihren Abschlussbericht.

Zudem wurden die Berichte der BSPC Berichterstatterinnen und Berichterstatter vorgestellt. Beim Treffen des BSPC Ständigen Ausschusses am 11. November 2019 in Berlin wurde das Mandat von Herrn Jochen Schulte als BSPC Berichterstatter für integrierte maritime Politik verlängert. Zudem wurde Frau Birgit Hesse zur BSPC Berichterstatterin für den Themenbereich nachhaltiger Tourismus und Frau Beate Schlupp zur BSPC Beobachterin bei der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meere (HELCOM) ernannt; Frau Sylvia Bretschneider war jahrelang für diese Themen Co-Berichterstatterin. Folglich präsentierte Herr Jochen Schulte als Maritimer Berichterstatter im vierten Sitzungsabschnitt die aktuellen Entwicklungen im Bereich der integrierten Meerespoleitik. Als BSPC Beobachterin bei HELCOM unterrichtete Frau Beate Schlupp die Teilnehmenden über die Arbeit der Kommission im vergangenen Jahr. Zudem stellte sie im Namen von Frau Birgit Hesse den Bericht über nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion vor.

Die wesentlichen inhaltlichen Themenschwerpunkte der Entschließung der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz beziehen sich im Hinblick auf **die Zusammenarbeit in der Region im Lichte der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen** auf die Fortsetzung der einschlägigen Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen (NDPHS) und auf die Intensivierung dieser Zusammenarbeit, um künftige Pandemien durch den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken so wirksam wie möglich zu bekämpfen. Des Weiteren wird gefordert, Strategien und Projekte im Bereich der Digitalen Gesundheit durchzusetzen und Investitionen in E-Health zu erhöhen - auch für deren Einsatz bei künftigen Pandemien. Darüber hinaus wird dazu aufgerufen, auf gemeinsame Lösungen und Antworten statt auf strikt nationale Ansätze hinzuwirken, die starke grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Koordinierung zu verbessern, Mobilität und Handel insbesondere in den Grenzregionen zu fördern sowie einen Neustart zu unterstützen, bei dem Unternehmen, Geschäfte und Arbeitsplätze gesichert sind.

Im Hinblick auf **die Bewahrung der Umwelt, Meere und Ozeane für künftige Generationen** sollen die nationalen und internationalen Bemühungen zur Reduktion der Nährstoffemissionen in die Ostsee fortgesetzt und gestärkt werden. Zudem wird die Gewährleistung einer kontinuierlichen Überwachung und Analyse des Zustands des Ökosystems der Ostsee im Einklang mit den Anforderungen des Espoo-Übereinkommens angestrebt und um Bekräftigung gebeten, dass Großprojekte, die erhebliche Auswirkungen auf die Ökosysteme im Ostseeraum haben, den Verpflichtungen aus den einschlägigen internationalen Verträgen und Übereinkommen, einschließlich des Espoo-Übereinkommens und der Helsinki-Konvention, nachzukommen haben. Darüber hinaus soll unterstützt werden, dass der aktuelle HELCOM-Vorsitz das Ziel verfolgt, Aspekte der Nachhaltigkeit, der Klima- und Biodiversitätsrelevanz sowie der Angemessenheit bei der Aktualisierung des Ostseeaktionsplans (*Baltic Sea Action Plan, BSAP*) und in künftigen HELCOM-Beschlüssen explizit zu berücksichtigen und - entsprechend den Handlungsaufforderungen der Ostseeparlamentarierkonferenz - nicht nur den Ostseeaktionsplan zu aktualisieren, sondern auch seine Umsetzung sichtbar zu beschleunigen und zu intensivieren. Es wird auch explizit gefordert, in Anerkennung der Prioritäten des deutschen HELCOM-Vorsitzes die Bemühungen zu intensivieren, das Problem der Munitionsaltlasten, der Wracks und der Geisternetze in der Ostsee auf der Grundlage eines gemeinsamen internationalen Ansatzes, der bestehende nationale und internationale Bemühungen und Zuständigkeiten unterstützt, zu überwachen und zu behandeln, und darüber hinaus die bestehenden politischen Strukturen und wissenschaftlichen Projekte zu stärken und damit den Ostseeraum auch auf dem Gebiet der Lösung der Probleme im Zusammenhang mit versenkter Munition und Blindgängern sowie der Wracks und Geisternetze zu einer weltweit führenden Region zu machen.

Mit Bezug auf **die Entwicklung der Digitalisierung** fordert die Ostseeparlamentarierkonferenz die Förderung von E-Health, die Erweiterung der digitalen Fähigkeiten und Ressourcen, um die persönliche Interaktion im Ostseeraum zu erhöhen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren, insbesondere für den Fall, dass die Möglichkeiten für persönliche Kontakte begrenzt bleiben. Des Weiteren wird zur Entwicklung und zum Aufbau einer vertrauenswürdigen und sicheren digitalen Infrastruktur sowie zur Stärkung der Digitalisierung in Wirtschaft, Bildung, Forschung und Verwaltung aufgerufen, mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie weitere grenzüberschreitende Kontakte zu verstärken.

Im Hinblick auf **Migration und Integration** soll eine Harmonisierung der Praktiken in Bezug auf (1) die Rückkehr, (2) die Bearbeitung von Asylanträgen und (3) die für minderjährige Asylbewerber vorgesehenen Aufnahmestandards angestrebt werden. Es wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Verbreitung und Übernahme bewährter Praktiken zur Unterstützung der Beschäftigung und Integration besonderer Gruppen von Einwanderern, die speziellen Schutz verdienen, zu fördern. Im Vordergrund steht die Forderung zur Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen und informellen Netzwerken, die auf die soziale und Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten hinarbeiten, sowie von Kommunen, die langfristig die Hauptverantwortung im Bereich der nachhaltigen Integration und der Umsetzung langfristiger Integrationsmaßnahmen tragen. Ein besonderer Fokus wird auf die Förderung guter Beziehungen und der Vielfalt innerhalb der Gesellschaft gelegt. Des Weiteren sollen relevante Projekte im Bereich der Migration und Integration, einschließlich des geplanten Flaggschiffprojekts zum Thema „Potenziale erkennen - die Integration von Migranten ermöglichen“, im kommenden Aktionsplan der EU-Ostseestrategie ab 2021 rechtzeitig politisch unterstützt werden. Dabei sollen auch die Institutionen und Projekte erhalten und weiterentwickelt werden, die in vielen Ländern des Ostseeraums infolge des starken Anstiegs der Flüchtlingszahlen in den Jahren 2015 und 2016 eingerichtet wurden und die entscheidend zu einer verbesserten Integration beigetragen haben. Darüber hinaus soll im Hinblick auf die weltweiten Entwicklungen im Frühjahr 2020 und in Anbetracht der Tatsache, dass die COVID-19-Pandemie und ihre Folgen eine vorübergehende Neubewertung der Reaktion auf andere Probleme und Herausforderungen erforderlich gemacht haben, folgende Grundsätze berücksichtigt werden: dem Thema Migration und Integration muss weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden; die Migration in der Ostseeregion, in Europa und weltweit ist und bleibt ein wesentliches Thema für die Länder und bringt weiterhin beispiellose humanitäre, wirtschaftliche, sicherheitspolitische und politische Herausforderungen mit sich; die internationale Zusammenarbeit - auch in der Ostseeregion - muss in diesem Politikbereich weiter verstärkt werden; die Frage der unbegleiteten Minderjährigen und gefährdeten Gruppen muss weiterhin im Mittelpunkt der Politik stehen. Nicht zuletzt sollen erfolgreiche Beispiele von bewährten Praktiken anderer Ostseeanrainerstaaten aufgegriffen werden, von denen einige im Abschlussbericht der BSPC Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ hervorgehoben werden, sofern sie in die jeweiligen rechtlichen und strukturellen Rahmen integriert werden können.

Zum Schluss wurde die Einrichtung der neuen BSPC Arbeitsgruppe „Klimawandel und Biodiversität“ unter dem Vorsitz von Frau Cecilie Tenfjord-Toftby (Abgeordnete des Schwedischen Reichstags) beschlossen. Die Arbeitsgruppe wird sich auf die Notwendigkeit gemeinsamer und durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbesserter Lösungen zur Erhaltung der dem gesamten Ostseeraum innewohnenden biologischen Vielfalt und der Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels sowie auf Innovationen, Technologien und weitere wirtschaftliche Aspekte des Klimawandels und der Biodiversität konzentrieren. An dieser Arbeitsgruppe werden Herr Abgeordneter Philipp da Cunha als Mitglied und Frau Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp als stellvertretendes Mitglied beteiligt sein.

Den diesjährigen Höhepunkt markierte die einstimmige Verabschiedung der Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz. Die Veranstaltung endete mit einer Ansprache von Herrn Pyry Niemi (Abgeordneter des Schwedischen Reichstags), welchem die einjährige BSPC Präsidentschaft und die Verantwortung für die Ausrichtung der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz in Stockholm vom 29. bis 31. August 2021 übertragen wurde.

Ablauf der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz, 24. August 2020 (Digitalkonferenz)

Vision 2030: Handeln für die Zukunft der Ostseeregion

Am 24. August 2020 fand die 29. Ostseeparlamentarierkonferenz statt. Da das geplante Treffen in Vilnius aufgrund der pandemiebedingten Beschränkungen abgesagt werden musste, wurde die Konferenz zum ersten Mal seit ihrer Gründung im Jahr 1991 in digitaler Form abgehalten. Trotz des gekürzten und eingeeengten Formats - statt der üblichen zweieinhalb Tage dauerte die Konferenz insgesamt dreieinhalb Stunden - nahmen ca. 150 Vertreterinnen und Vertreter der Regierungen, Parlamente, von internationalen und regionalen Organisationen und Institutionen an der Konferenz teil. Mit Blick auf die Teilnehmerzahl war dies mit den vorherigen Konferenzen vergleichbar und zeigte das große Interesse an der Fortsetzung des internationalen zwischenparlamentarischen Dialogs auch in Pandemie-Zeiten. In drei Sitzungen, die durch das übergreifende Thema „Vision 2030: Handeln für die Zukunft der Ostseeregion“ verbunden waren, wurden Fragen der Nachhaltigkeit, des Meeresumweltschutzes sowie der Migration und Integration beleuchtet und besprochen.

Im Vorlauf zur Konferenz fand am 20. August 2020 das digitale Treffen des BSPC **Redaktionsausschusses** (*Drafting Committee*) statt, bei dem der Landtag Mecklenburg-Vorpommern durch den Landtagsabgeordneten, Herrn **Jochen Schulte**, vertreten war. Dabei wurden die insgesamt 28 von den Delegationen und dem BSPC Sekretariat eingereichten Änderungsvorschläge zum Resolutionsentwurf diskutiert und abgestimmt. Da die meisten Änderungsanträge redaktioneller Natur waren, wurden diese schnell und ohne Widerspruch verabschiedet.

Die finale Version der Resolution, die am 21. August 2020 unter den Konferenzteilnehmenden zirkuliert wurde, wurde auf der Konferenz gemäß der Geschäftsordnung der BSPC im Konsens verabschiedet.

Eröffnung

Nach der Eröffnung der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz durch Herrn **Valerijus Simulik** (Präsident der BSPC und Abgeordneter des Seimas der Republik Litauen) begrüßte Herr **Sigitas Mitkus** (Außenpolitischer Berater des litauischen Präsidenten) die Konferenz im Namen von Herrn **Gitanas Nausėda** (Präsident der Republik Litauen). Dabei wurde mit Besorgnis auf die Entwicklungen in Belarus hingewiesen und hervorgehoben, dass die demokratische Welt nicht tatenlos zuschauen könne, während Protestierende brutal niedergeschlagen werden, und Sanktionen ergreifen müsse, um die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. In diesem Zusammenhang äußerte Herr **Viktoras Pranckietis** (Sprecher des Seimas der Republik Litauen) den Wunsch nach friedlicher Zusammenarbeit basierend auf demokratischen Werten und Menschenrechten und rief dazu auf, alle Möglichkeiten für den demokratischen Dialog zu nutzen.

Herr **Virginijus Sinkevičius** (EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei) sprach in seinem Eröffnungsbeitrag über die bestehenden Herausforderungen im Bereich des Meeresschutz. So seien laut Berichten von HELCOM und der Europäischen Umweltagentur die Nährstoffemissionen immer noch hoch, die nichtnachhaltigen Fischereipraktiken gefährden weiterhin bedrohte Meerestarten und das Problem des Meeressmülls verschlimmere die Situation in der Ostseeregion. Es gebe jedoch internationale und regionale Instrumente, die bereits zu wichtigen Erfolgen geführt haben. Darunter zählte er die EU Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, den Europäischen „Green Deal“, die EU-Ostseestrategie, die EU Strategie „Blaues Wachstum“ sowie den HELCOM-Ostseeaktionsplan. Er wies auf die von ihm für den 28. September 2020 geplante Konferenz hin, auf der eine ambitionierte Erklärung für die Erreichung eines guten ökologischen Zustandes der Ostsee durch die Minister für Fischerei, Landwirtschaft und Umwelt verabschiedet werden solle. Schließlich betonte er, dass sowohl die EU- als auch nicht-EU-Länder zusammenarbeiten müssten, um die Meeresumwelt zu schützen, denn die Ostsee brauche „koordiniertes und umfangreiches“ Handeln.

In seiner Eröffnungsrede unterstrich der BSPC Präsident, Herr **Valerijus Simulik**, die Bedeutung der Fortsetzung des interparlamentarischen Dialogs gerade in Pandemie-Zeiten. Diese Arbeit sei wichtig, um den Regierungen Handlungsleitlinien in dringenden Angelegenheiten zu geben und sicherzustellen, dass die Empfehlungen umgesetzt werden. Er berichtete, dass die im Rahmen der BSPC Aktivitäten geplanten Treffen auch trotz der pandemiebedingten Einschränkungen - wenn auch digital - stattfinden konnten und bedankte sich bei allen Teilnehmenden dafür, dass sie die 29. Ostseeparlamentarierkonferenz möglich gemacht haben. Zum Schluss rief er dazu auf, jede Anstrengung zu unternehmen, damit die Ostseeregion eine Region des Friedens, enger Nachbarschaft und intensiver Kooperation - auf der Grundlage des gegenseitigen Verständnisses, Vertrauens, der demokratischen Werte und Menschenrechte sowie der Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit - bleibe.

Erster Sitzungsabschnitt

Vision 2030: Kooperation im Ostseeraum, sichere und prosperierende Entwicklung - Gemeinsame effektive und nachhaltige Lösungen für die Zukunft

Die erste Sitzung, moderiert durch Herrn **Pyry Niemi** (Vize-Präsident der BSPC und Abgeordneter des Schwedischen Reichstags), befasste sich mit Strategien für die Ostseeregion mit besonderem Fokus auf den Ostseerat (*Council of Baltic Sea States, CBSS*).

Zunächst sprach Herr **Neris Germanas** (Stellvertretender Außenminister der Republik Litauen) über die Schwerpunkte des litauischen Ostseeratsvorsitzes. Darunter nannte er: die Entwicklung grüner Industrie, inklusive des grünen und maritimen Tourismus; Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen; Stärkung ziviler Schutzmechanismen und der regionalen Resilienz bei größeren Unfällen und Katastrophen; Schutz der am stärksten durch Menschenhandel, Arbeitsausbeutung und Gewalt betroffenen Gruppen; sowie größere Einbeziehung von Jugendlichen in die Zukunftsplanung für die Ostseeregion. Er wies auf die Absicht hin, eine Vilnius Deklaration „Vision für die Ostseeregion bis 2030“ zu verabschieden, die u. a. folgende Ziele setzen werde: nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz; Inklusion, Wohlstand, Volksgesundheit und soziale Kohäsion; sowie Entwicklung einer regionalen Identität und gemeinsamer Werte durch Kultur, Forschung und Bildung.

Herr **Ove Ullerup** (Außenminister des Königreichs Dänemark und ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses Hoher Beamter des Ostseerates) teilte seinerseits die wichtigsten Ergebnisse des dänischen 2019 bis 2020 Ostseeratsvorsitzes. Dabei sprach er über den erfolgreichen Abschluss des Reformprozesses mit der Verabschiedung der aktualisierten *Terms of Reference* für den Ostseerat und für das CBSS Sekretariat, die folgende Ziele enthalten: 1) mehr Flexibilität in der Arbeitsweise des CBSS, 2) verbesserte Zusammenarbeit mit anderen regionalen Organisationen und Institutionen, 3) bessere Nutzung von Alleinstellungsmerkmalen des CBSS in der Planung und Durchführung seiner Aktivitäten. Im Hinblick auf die auf der Ministerialebene beschlossene Borholmer Erklärung merkte er an, es werde in Zukunft wichtig sein, zwischen dem umfangreichen regionalen Dialog über gemeinsame Herausforderungen und konkreten CBSS Aufgaben zu unterscheiden. Damit es durch erhöhte Flexibilität nicht zu Aufgabenüberschneidungen komme, schlug er einerseits vor, die Formulierungen in den Arbeitsbeschreibungen der Sekretariate anderer regionaler Organisationen an die der neuen CBSS *Terms of Reference* anzupassen und andererseits *Regional Coherence Checks* mit Blick auf neue Schwerpunktbereiche der regionalen Organisationen durchzuführen. Abschließend begrüßte er den neuen Generaldirektor des CBSS Sekretariats, Herrn Grzegorz Poznanski, und rief zur Intensivierung der Zusammenarbeit in der CBSS Troika auf.

Zum Schluss beleuchtete Herr **Dag Wernø Holter** (Hoher Berater der Sektion Nordische und Ostseestaaten des norwegischen Außenministeriums) die Pläne des künftigen norwegischen Vorsitzes im Ostseerat. Obwohl es zu früh sei, über konkrete Schwerpunkte zu sprechen, betrachte Norwegen das Zusammenspiel zwischen politischem Dialog und praktischer Kooperation als einen bedeutungsvollen Bestandteil der regionalen Zusammenarbeit. Synergieeffekte zwischen einzelnen Strukturen seien wichtig. Der Ostseerat biete eine nützliche Plattform für politischen Dialog über die gemeinsamen Herausforderungen sowie die gemeinsamen Ziele. Darüber hinaus spiele auch die zwischenparlamentarische Kooperation eine wertvolle Rolle.

Herr **Pyry Niemi** bedankte sich seinerseits beim CBSS Sekretariat für die hervorragende Zusammenarbeit zwischen der BSPC und dem Ostseerat und richtete seine besten Wünsche an die scheidende Generaldirektorin des CBSS Sekretariats, Frau Maira Mora.

In der nachfolgenden Diskussion wiesen Frau **Silja Dögg Gunnarsdóttir** (Präsidentin des Nordischen Rates) und Frau **Oddný G. Harðardóttir** (Vizepräsidentin des Nordischen Rates) auf die Notwendigkeit hin, das Volk von Belarus bei einem friedlichen Übergang zur Demokratie zu unterstützen.

Zweiter Sitzungsabschnitt**Vision 2030: Bewahrung der Umwelt, Meere und Ozeane für künftige Generationen**

Im zweiten Sitzungsabschnitt wurde der zukunftsorientierte Schutz der Umwelt, der Meere und Ozeane thematisiert. Den Vorsitz übernahm Frau **Valentina Pivnenko** (ehemalige Präsidentin der BSPC und Abgeordnete der russischen Staatsduma).

Der erste Redebeitrag wurde in Form einer Videobotschaft von Frau **Svenja Schulze** (deutsche Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) übermittelt. Ziele des deutschen HELCOM-Vorsitzes seien der nachhaltige Schutz der Ostseeregion, die Bewahrung der marinen Artenvielfalt, Stärkung des globalen Meeresschutzregimes sowie gemeinsames Handeln für die Lösung des Problems der Munitionsaltlasten in der Ostsee. In diesem Zusammenhang bedankte sie sich bei den Ostseeparlamentariern für die klare Unterstützung. Als Grundlage dieser Ziele diene der HELCOM-Ostseeaktionsplan, dessen Aktualisierung im kommenden Jahr abgeschlossen werden solle. Weiterhin eröffne die wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Pandemie die Möglichkeit, sozialen und ökologischen Fortschritt in den Bereichen Klima- und Umweltschutz voranzutreiben.

Anschließend nahm Herr **Oleg Nilov** (Abgeordneter der russischen Staatsduma) Bezug auf die Bedeutung der Wasser- und Luftqualität des Ostseeraums für alle Anrainerstaaten. Die Umweltrisiken durch Waldbrände gelte es besonders hervorzuheben, da diese im Vergleich zu anderen Umweltschutzaspekten weniger Aufmerksamkeit erhalten. Er wies darauf hin, dass Waldbrände zu erheblichen Kohlenstoffemissionen führen, die dringend regional und global adressiert werden müssen. Neben Russland seien auch andere Länder stark von dieser Problematik betroffen. Er rief die Konferenzteilnehmenden dazu auf, über mögliche Lösungsansätze und Hilfsmaßnahmen zu diskutieren. Da es vielen Ländern an Möglichkeiten fehle, dem Problem alleine zu begegnen, schlug er die Schaffung eines internationalen Fonds vor, um arme wie reiche Länder bei der Bekämpfung von Waldbränden zu unterstützen.

Herr **Peter Stein** (Mitglied des Deutschen Bundestages) fasste in seiner Rolle als BSPC Berichterstatter für Munitionsaltlasten in der Ostsee die wichtigsten Aspekte seines ersten Zwischenberichts zusammen, der einen Überblick über die existierenden nationalen und internationalen Projekte zu Altmunitionen und Sprengstoffen in der Ostsee bietet. Das EU Interreg Projekt DAIMON sei erfolgreich abgeschlossen worden und habe in DAIMON 2 seine Fortsetzung gefunden. Der Mangel an Informationen und das unzureichende Bewusstsein in der Öffentlichkeit hinsichtlich des Themas erschwere die Arbeit, könne aber durch Kooperation, etwa im Bereich der Datenvereinheitlichung und des flächendeckenden Monitorings, verbessert werden. Er äußerte auch die Hoffnung, dass die Problematik ihren Weg in den aktualisierten HELCOM-Ostseeaktionsplan finden werde. Mit dem Anstoß, der durch die Resolutionen der 28. und 29. Ostseeparlamentarierkonferenz gegeben wurde, habe die Ostseeregion das Potenzial, zum weltweiten Vorreiter im Bereich der Säuberung des Meeresbodens zu werden. Dafür müssen allerdings alle Möglichkeiten staatlicher und privater Natur erschöpft werden. Zusätzlich unterbreitete er den Vorschlag, einen freiwilligen Geberfonds in Höhe von 500 Millionen Euro für die Räumung der Munitionsaltlasten einzurichten.

Anschließend beleuchtete Frau **Liz Jansson** (Abgeordnete des Åländischen Parlaments) in ihrem Diskussionsbeitrag die Maßnahmen, die Åland im Bereich der nachhaltigen Landwirtschaft ergreift, und merkte an, dass Åland für Pilotprojekte zur nachhaltigen Lebensmittelproduktion besonders gut geeignet sei. Die åländischen Landwirte seien aktiv in Projekten involviert, die auf die Reduktion von Nährstoffemissionen, Wiederverwendung von Nährstoffen aus dem Meer sowie Artenschutz gezielt seien.

Im Zusammenhang mit dem Problem der Munitionsaltlasten am Meeresboden wurde die Frage der historischen Verantwortung kritisch diskutiert. So merkte Herr **Kacper Plażyński** (Abgeordneter des Sejms der Republik Polen) an, es seien gerade diejenigen Länder aufgerufen, finanzielle Mittel für die Räumung und Säuberung der Ostsee zur Verfügung zu stellen, die historisch für diese Verschmutzung verantwortlich seien. Frau **Valentina Pivnenko** rief zum besseren Informationsaustausch auf, um ein klares Bild bezüglich der Verantwortlichen zu bekommen. Herr **Christian Juhl** (Abgeordneter des Parlaments des Königreichs Dänemark) unterstrich ebenfalls, dass die Frage der Verantwortlichen eine wichtige sei und erinnerte gleichzeitig daran, dass die radioaktive Kontamination durch Atomwaffentests in der Ostsee auch ein akutes Problem darstelle. Er schlug vor, eine Arbeitsgruppe zu gründen mit dem Ziel, die Ostsee zu einer atomwaffenfreien Zone zu erklären. Herr **Peter Stein** und Herr **Johannes Schraps** (Abgeordnete des Deutschen Bundestags) wiesen darauf hin, dass die praktische Arbeit mit dem Ziel, den Meeresboden zu bereinigen, anfangen könne, noch bevor die Schuldfrage geklärt werde. Es sei ein komplexes Thema, aber die BSPC habe die Diskussion nicht nur angestoßen, sondern auch vorangebracht, was sich in den Prioritäten des deutschen HELCOM-Vorsitzes widerspiegele.

Dritter Sitzungsabschnitt

Vision 2030: Migration und Integration: Auf der Suche nach gemeinsamen Lösungen auf Basis geteilter Informationen und bewährter Praktiken

Da das Thema Migration und Integration nach wie vor für die Länder der Ostseeregion hohe Priorität hat, wurde im dritten Sitzungsabschnitt zunächst der Abschlussbericht der 2017 gegründeten BSPC Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ vorgestellt. Die Sitzung wurde durch Frau **Carola Veit** (Präsidentin der Hamburger Bürgerschaft und ehemalige Präsidentin der BSPC) moderiert, die auch Vizevorsitzende der Arbeitsgruppe war.

Herr **Hans Wallmark** (Vorsitzender der BSPC Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ und Abgeordneter des Schwedischen Reichstags) unterstrich, dass das Ziel der Arbeitsgruppe darin bestanden habe, Kooperation und Koordination zwischen den einzelnen Mitgliedern zu fördern - unter Berücksichtigung der spezifischen nationalen Gegebenheiten. Verschiedene Akteure, insbesondere die Zivilgesellschaft, seien für eine gelungene Integration von großer Bedeutung. Dies stehe im Einklang mit der Unterstützung von dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Vielfalt, welche die Arbeitsgruppe empfehle. Weiterhin bieten zwischenstaatliche Zusammenarbeit und die Harmonisierung von behördlichen Prozessen Möglichkeiten, gegenseitige Lernprozesse zu unterstützen. Die Pandemie stelle nicht nur die Arbeitsgruppe, sondern auch die lokalen und nationalen Akteure im Feld der Migration und Integration vor Herausforderungen, welchen mehr Beachtung geschenkt werden müsse. Insbesondere die Behörden vor Ort benötigen weiterhin Hilfe und Unterstützung, da sie die Hauptverantwortung für eine langfristige Integration tragen.

Herr **Dmitry Demidenko** (Stellvertretender Leiter der Abteilung Migration des russischen Innenministeriums) erläuterte in seinem Redebeitrag die politischen Vorhaben Russlands zur Reform des nationalen Migrationsregimes mit besonderem Fokus auf den Aufbau einer neuen digitalen Infrastruktur für Migrationsdatenverarbeitung und -analyse. Um den Risiken illegaler Migration zu begegnen, sei es notwendig, die Migrationsursachen zu bekämpfen und die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich zu fördern. Mit den Grenzschließungen im Zuge der Pandemie seien viele Personen mit temporären Aufenthaltsgenehmigungen ohne die notwendigen Dokumente in Russland verblieben; die Regierung habe jedoch Maßnahmen ergriffen, um die Erfassung und Unterstützung dieser Personen zu gewährleisten.

Abschließend sprach Frau **Vladlena Avdeeva** (Vertreterin der Nichtregierungsorganisation „Stellit“) über die Rolle von digitalen Technologien bei der Einbeziehung von Einwandererkindern in Menschenhandel. Sie legte nahe, dass Einwandererkinder besonders gefährdet seien, Opfer von Menschenhandel zu werden, denn sie seien öfters unbegleitet, besuchen keine Schule und erhalten keine medizinische Versorgung. Auch der durch die Pandemie bedingte höhere Internetkonsum ohne elterliche Aufsicht begünstige den Menschenhandel, da die Anwerbung schneller erfolge und die Kontrollmechanismen seitens der Familie eingeschränkt seien. Das Internet biete Tätern verschiedene Möglichkeiten, gezielt auf Kinder zuzugehen und diese effizient zu rekrutieren. Gleichzeitig setzen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen das Internet auch zum Schutze der Kinder ein. Vor allem NGOs können bei der Identifizierung von betroffenen Kindern, Assistenz und Rehabilitation einen wichtigen Beitrag leisten.

Berichte der BSPC Berichterstatterinnen und Berichterstatter

Traditionell informieren die Berichterstatterinnen und Berichterstatter die Konferenz über die wichtigsten Entwicklungen in ihren jeweiligen Themenbereichen.

Eingangs sprach Herr **Jörgen Pettersson** (ehemaliger BSPC Präsident) über die Auswirkungen der globalen COVID-19-Pandemie auf die europäische Schifffahrtsindustrie, die momentan an massiven Wert- und Arbeitsplatzverlusten leide. Die aktuelle Krise habe die Bedeutung des internationalen Handels für Europa, ihre Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen gezeigt. Gleichzeitig solle man die harte Arbeit der in der Schifffahrt Beschäftigten anerkennen, die in schwierigen Zeiten für das weitere Funktionieren der internationalen Lieferketten gesorgt haben. Um zur Normalität zurückzukehren, seien u. a. folgende Maßnahmen notwendig: Aufbau einer widerstandsfähigen und nachhaltigen EU-Wirtschaft; Reform der Welthandelsorganisation; Schaffung globaler Handelsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen; Schutz und Unterstützung europäischer Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger.

Als Maritimer Berichterstatter informierte Herr **Jochen Schulte** (Abgeordneter des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) die Delegierten über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der integrierten maritimen Politik. Dabei ging er auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Kreuzfahrtschifffahrt, Werften und Zulieferer, das von der EU beschlossene Konjunkturpaket und die Soforthilfen für Fischerei und Aquakultur sowie die bevorstehende Reduktion der CO₂-Emissionen der Schifffahrt. Nicht zuletzt sprach er über die vom US-Amerikanischen Senat verhängten Sanktionen gegen die am Nord Stream 2 beteiligten europäischen Firmen und betonte, dass es dabei auch um die Souveränität der EU gehe.

Als BSPC Beobachterin bei der Helsinki-Kommission (HELCOM) fasste Frau **Beate Schlupp** (Erste Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) die Arbeit der Kommission im vergangenen Jahr zusammen. Sie sprach u. a. über die laufende Aktualisierung des HELCOM-Ostseeaktionsplans und die Ergebnisse des 41. Treffens der Kommission im März 2020. Sie wies auf Punkt 24 der letztjährigen BSPC Resolution und Punkt 15 der diesjährigen Resolution hin und begrüßte in diesem Zusammenhang einerseits die Priorisierung des Themas Munitionsaltlasten, Schiffswracks und Geisternetze durch den deutschen HELCOM-Vorsitz 2020 bis 2022 und andererseits die Bemühungen, entsprechende Ziele und Maßnahmen in den aktualisierten HELCOM-Ostseeaktionsplan einfließen zu lassen.

Zusätzlich wurde durch Frau **Beate Schlupp** auch der Bericht über die Fortschritte und Entwicklungen im Bereich des nachhaltigen Tourismus vorgetragen. Aufgrund der Grenzschließungen und Kontakteinschränkungen habe die Tourismusindustrie einen schweren Schlag erlitten. Während Prognosen zufolge sich der Binnentourismus in Europa schneller erholen solle, sei der bereits entstandene Schaden enorm. Gleichzeitig könne die Krise als Gelegenheit gesehen werden, über die strukturelle Transformation des Tourismus und der Mobilität nachzudenken. In diesem Zusammenhang könne das Tourismus- und Verkehrspaket der Europäischen Kommission vom Mai 2020 einen wichtigen Anstoß in Richtung Nachhaltigkeit und Digitalisierung bieten.

Danach wurde die Konferenz durch die Vertreter der BSPC Partnerorganisationen begrüßt. Dabei informierte Herr **Asaf Hajiyev** (Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation, *PABSEC*) die Teilnehmenden über die vergangenen und geplanten Aktivitäten der PABSEC in Pandemie-Zeiten. Er sprach über den durch die Pandemie verursachten Schaden für die Wirtschaft und merkte an, dass sich ein verstärkter Fokus auf *E-Trade* und *E-Business* in aktuellen Krisenzeiten als fruchtbar erweisen könne. Auch Herr **Mieczysław Struk** (Vorsitzender der *Baltic Sea States Subregional Co-operation*, *BSSSC*) wies mit Blick auf die COVID-19-Pandemie auf die Notwendigkeit hin, viele Lebensbereiche umzudenken und umzustellen, um auf die Zukunft besser vorbereitet zu sein. Um die Herausforderungen zu überwinden, brauche es solche Prinzipien der guten Regierungsführung, wie Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Verantwortlichkeit und Konsens. Er schloss mit einem Aufruf ab, die junge Generation aktiver in Entscheidungsprozesse zu involvieren.

Abschlussitzung und Verabschiedung der Konferenzresolution

In der Abschlussitzung verabschiedete das Plenum im Konsens die Konferenzresolution. In der Resolution werden die Regierungen der Staaten der Ostseeregion, der Ostseerat und die EU u. a. dazu aufgerufen, ihre Arbeit in Bereichen wie der Bekämpfung der Folgen der COVID-19-Pandemie, dem Schutz der Meere und Ozeane, der Digitalisierung sowie der Migration und Integration zu intensivieren und interregionale Kooperation in diesen Themenfeldern zu fördern. Zusätzlich wurde offiziell die Gründung der neuen BSPC Arbeitsgruppe „Klimawandel und Biodiversität“ unter dem Vorsitz von Frau **Cecilie Tenfjord-Toftby** (Abgeordnete des Schwedischen Reichstags) angekündigt.

Herr **Pyry Niemi** richtete einige abschließende Worte an die Konferenzteilnehmende und bot einen thematischen Ausblick der schwedischen Präsidentschaft an. Die Ausrichtung der diesjährigen Konferenz unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie habe Gastgeber Litauen großartig gemeistert. Die COVID-19-Pandemie sei nur ein Beispiel für die verschiedenen Herausforderungen, denen sich Demokratien heutzutage gegenübersehen. Ein wichtiger inhaltlicher Schwerpunkt sei im Lichte des hundertjährigen Jubiläums des schwedischen Parlaments deshalb die Stärkung und nachhaltige Gestaltung von Demokratie. Weiterhin sei eine friedliche Nachbarschaft und intensive Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der BSPC und die Rolle der Zivilgesellschaft und Jugend in diesen Prozessen ein Kernanliegen für die Präsidentschaft. Ferner müsse Demokratie auch im Kontext der sich verändernden Medienlandschaft betrachtet und der Einfluss von Falschinformationen und Digitalisierung auf die Meinungsfreiheit unter die Lupe genommen werden. Ein weiteres Ziel sei es, zukunftsweisende Antworten auf die Herausforderungen des demographischen Wandels zu finden, der alle Staaten gleichermaßen betreffe. Im Vordergrund sollen hierbei das Vertrauen in staatliche Institutionen, soziale und regionale Gleichberechtigung und Chancen für junge Menschen stehen. Nicht zuletzt stelle die Eindämmung des Klimawandels und die Bewahrung der Biodiversität unter Berücksichtigung der Rolle von staatlichen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure einen wichtigen Schwerpunkt der schwedischen Präsidentschaft dar. Der BSPC-Vorsitz sei für Schweden eine große Ehre und man hoffe, dass sich im August 2021 alle Teilnehmenden persönlich in Stockholm zur 30. BSPC zusammenfinden können.

Abschließend bedankte sich Herr **Valerijus Simulik** bei allen Teilnehmenden und beim BSPC Generalsekretär, Herrn Bodo Bahr, für die konstruktive Zusammenarbeit, Toleranz und Kompromissbereitschaft und äußerte ebenfalls den Wunsch, im kommenden Jahr alle in Stockholm persönlich treffen zu können.



DIGITAL 24 AUGUST 2020 9:00 CEST

Entschließung der Konferenz

Angenommen von der Digitalen 29. Ostseeparlamentarierkonferenz am 24. August 2020

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion, die am 24. August 2020 in digitaler Form zusammengekommen sind,

- unter Bekräftigung der dringenden Aufforderung und der Erwartung an alle Ostseeanrainerstaaten im Lichte der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen, jegliche Bemühungen dahingehend zu unternehmen, dass der Ostseeraum eine Region friedlicher und enger Nachbarschaft sowie intensiver Zusammenarbeit bleibt. Gerade in Krisenzeiten sind die Grundlagen unserer Zusammenarbeit – basierend auf dem Völkerrecht, dem gegenseitigen Verständnis, dem Vertrauen, den demokratischen Werten, der Rechtsstaatlichkeit, den Menschenrechten und der Chancengleichheit – von besonderer Bedeutung.

Die COVID-19-Pandemie stellt auch die Parlamente vor erhebliche Herausforderungen: die dringend erforderliche interparlamentarische Zusammenarbeit ist besonders erschwert, denn parlamentarische Versammlungen sind von Natur aus durch eine größere Anzahl von Teilnehmenden gekennzeichnet.

Ausgerechnet jetzt und im Lichte der COVID-19-Pandemie ist es nicht nur notwendig, die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen so intensiv wie möglich aufrechtzuerhalten und zu verstärken, sondern auch zu gewährleisten, dass vor allem die gewählten Volksvertreter weiterhin eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten, um Impulse für künftiges Regierungshandeln und vertrauensvolle Kooperation zwischen ihren Ländern zu geben. Gerade auf diese Weise können und müssen Anstöße für die Konsolidierung der demokratischen Grundlagen und der parlamentarischen Dimension der beteiligten Länder gegeben werden. Die enormen Aufgaben und Anstrengungen zur Eindämmung und Überwindung der Krise, die jetzt anstehen und vor allen Ländern liegen, bedürfen mehr denn je der parlamentarischen Debatte und der parlamentarischen Zusammenarbeit;

- die fortlaufende praktische Zusammenarbeit in der Ostseeregion im Rahmen des Ostseerates (CBSS), der Nördlichen Dimension, der grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Russland sowie des Programms *Interreg Baltic Sea Region* mit Dankbarkeit zur Kenntnis nehmend;

- unter Begrüßung der Bemühungen des dänischen Ostseeratsvorsitzes und der Bornholmer Erklärung vom 19. Mai 2020 als Ergebnis einer Videokonferenz der Außenminister von Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Russland und Schweden und eines hochrangigen Vertreters der Europäischen Union, da der Ausbruch von COVID-19 ein persönliches Treffen in Bornholm, Dänemark, verhinderte;
- unter Begrüßung, dass die neue *Baltic Sea Youth Platform*, die vom Ostseerat eingerichtet wurde, ein Kernanliegen der Ostseeparlamentarierkonferenz voranbrachte, nämlich die Stärkung der Teilnahme, Vertretung und Beteiligung von Jugendlichen an Entscheidungsprozessen im gesamten Ostseeraum;
- in Billigung der detaillierten Erklärungen der Regierungen der Ostseeanrainerstaaten zur Entschließung der 28. Ostseeparlamentarierkonferenz und der intensiven Unterstützung der BSPC Aufrufe zum Handeln als Fortschritt in der Zusammenarbeit im Ostseeraum;
- unter Erörterung der Zusammenarbeit im Ostseeraum im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie und ihre Folgen; des Schutzes unserer Umwelt, Meere und Ozeane für künftige Generationen; der Entwicklung der Digitalisierung sowie der Migration und Integration;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf, im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region im Lichte der COVID-19 Pandemie und ihrer Folgen,

1. die einschlägige Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen (NDPHS) fortzusetzen, um die Folgen der COVID-19-Pandemie so effektiv wie möglich zu mildern, und diese Zusammenarbeit zu intensivieren, um künftige Pandemien durch den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken so wirksam wie möglich zu bekämpfen;
2. den Aufbau von bereichsübergreifenden und transnationalen Referenzprojekten für Kooperationen und Innovationen in den Gesundheitswissenschaften zu intensivieren, mit besonderem Fokus auf der Frühwarnung und Prävention sowie der hinreichenden Bekämpfung von Pandemien, um die öffentliche Gesundheit auf hohem und nachhaltigem Niveau zu fördern und den Ostseeraum zu einer weltweit führenden und wohlhabenden Metaregion im Gesundheitsbereich zu machen;
3. Strategien und Projekte im Bereich der Digitalen Gesundheit durchzusetzen, welche die Erfassung von E-Medizin-Initiativen beinhalten, welche Gesundheitsinitiativen in die Häuser der Menschen bringen und Sozialfürsorge aus der Ferne ermöglichen, wo persönliche Kontakte durch virtuelle Lösungen ersetzt werden können, und weitere Investitionen in E-Health zu erhöhen – auch für deren Einsatz bei künftigen Pandemien;
4. die umfassenden und systematischen Bemühungen fortzusetzen, um die Ostseekooperation zu stärken und ihre Widerstandsfähigkeit in einer sich verändernden Welt zu erhöhen. Diese Schritte können die Ausarbeitung eines Strategiedokuments für die Entwicklung des Ostseeraums bis 2030, eine Prüfung der Möglichkeit, wie die Gipfeltreffen der Regierungschefs der Ostseeanrainerstaaten wiederaufgenommen werden können, und die Einrichtung einer fokussierten vertikalen Kooperation in der Region, welche die nationale, regionale und kommunale Ebene umfassen würde, beinhalten;

5. den politischen Dialog und die praktische Zusammenarbeit im Rahmen der Politik der Nördlichen Dimension und ihrer Partnerschaften fortzusetzen; die Durchführung der grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und Russland sowie des Programms *Interreg Baltic Sea Region* voranzutreiben und sich aktiv für die Entwicklung einer neuen Generation solcher Programme für den Zeitraum 2021 bis 2027 einzusetzen; eine breitere Einbeziehung aller Partner in verschiedene Formate der Zusammenarbeit im Ostseeraum zu fördern;
6. die Plattformen der bereits im Rahmen des Ostseerats durchgeführten Projekte zu nutzen, um die bewährten Praktiken der Länder der Region bei der Überwindung der Folgen der COVID-19-Pandemie zu untersuchen und zu ermitteln, einschließlich der Maßnahmen zur Arbeitsplatzhaltung sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch in Bezug auf einzelne Gruppen, die auf dem Arbeitsmarkt besonders gefährdet sind;
7. zusammen auf gemeinsame Lösungen und Antworten statt auf strikt nationale Ansätze hinzuarbeiten, die starke grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Koordinierung zu verbessern und Mobilität und Handel insbesondere in den Grenzregionen zu fördern;
8. die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie in die Diskussion einzubeziehen und die Notwendigkeit einer Bestandaufnahme der verschiedenen wirtschaftlichen Rettungspakete der Regierungen der BSPC Staaten anzuerkennen, um die unterschiedlichen Strategien zu einem späteren Zeitpunkt zu vergleichen;
9. einen Neustart zu fördern und zu unterstützen, bei dem Unternehmen, Geschäfte und Arbeitsplätze gesichert sind.

Im Hinblick auf die Bewahrung unserer Umwelt, Meere und Ozeane für künftige Generationen,

10. weiterhin Innovationen im Bereich der Erhaltung und nachhaltiger Nutzung der Ostsee zu unterstützen, um die marine Biodiversität zu schützen;
11. weiterhin die Ostsee als internationales Gewässer mit Schifffahrtsfreiheit und in Bezug auf Umweltschutz anzuerkennen;
12. die nationalen und internationalen Bemühungen zur Reduktion der Nährstoffemissionen in die Ostsee fortzusetzen und zu verstärken;
13. eine kontinuierliche Überwachung und Analyse des Zustands des Ökosystems der Ostsee im Einklang mit den Anforderungen des Espoo-Übereinkommens zu gewährleisten und erneut zu bekräftigen, dass Großprojekte, die erhebliche Auswirkungen auf die Ökosysteme im Ostseeraum haben, den Verpflichtungen aus den einschlägigen internationalen Verträgen und Übereinkommen, einschließlich des Espoo-Übereinkommens und der Helsinki-Konvention, nachzukommen haben;
14. zu unterstützen, dass der HELCOM-Vorsitz - auch im Hinblick auf die sozio-politischen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie - das Ziel verfolgt, Aspekte der Nachhaltigkeit, der Klima- und Biodiversitätsrelevanz sowie der Angemessenheit bei der Aktualisierung des Ostseeaktionsplans (BSAP) und in künftigen HELCOM-Beschlüssen

explizit zu berücksichtigen und - entsprechend den Handlungsaufforderungen der Ostseeparlamentarierkonferenz - nicht nur den Ostseeaktionsplan zu aktualisieren, sondern auch seine Umsetzung sichtbar zu beschleunigen und zu intensivieren, nach besten Kräften zusammenzuarbeiten, um die übermäßige Nährstoffbelastung der Ostsee weiter zu reduzieren, sowie ein weiteres Ministertreffen im Jahr 2021 anzustreben;

15. in Anerkennung der Prioritäten des deutschen HELCOM-Vorsitzes die Bemühungen zu intensivieren, das Problem der Munitionsaltlasten, der Wracks und der Geisternetze in der Ostsee auf der Grundlage eines gemeinsamen internationalen Ansatzes, der bestehende nationale und internationalen Bemühungen und Zuständigkeiten unterstützt, zu überwachen und zu behandeln, und darüber hinaus die bestehenden politischen Strukturen und wissenschaftlichen Projekte zu stärken und damit den Ostseeraum auch auf dem Gebiet der Lösung der Probleme im Zusammenhang mit versenkter Munition und Blindgängern, sowie auf dem Gebiet der Wracks und Geisternetze zu einer weltweit führenden Region zu machen.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Digitalisierung

16. E-Health in entsprechenden Bereichen mit großen Anstrengungen zu fördern, damit die allgemeine Gesundheitsversorgung in Pandemiesituationen so weit wie möglich aufrechterhalten werden kann;
17. die Erweiterung der digitalen Fähigkeiten und Ressourcen zu fördern, um die persönliche Interaktion im Ostseeraum zu erhöhen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren, insbesondere für den Fall, dass die Möglichkeiten für persönliche Kontakte begrenzt bleiben;
18. die Entwicklung und den Aufbau einer vertrauenswürdigen und sicheren digitalen Infrastruktur sowie die Stärkung der Digitalisierung in Wirtschaft, Bildung, Forschung und Verwaltung mit dem Ziel durchzusetzen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie weitere grenzüberschreitende Kontakte zu verstärken.

Im Hinblick auf Migration und Integration

19. eine Harmonisierung der Praktiken in Bezug auf (1) die Rückkehr, (2) die Bearbeitung von Asylanträgen und (3) die für minderjährige Asylbewerber vorgesehenen Aufnahme-standards anzustreben und dabei sowohl nationale als auch menschen- und grundrechtliche Erwägungen zu berücksichtigen;
20. multinationale Zusammenarbeit und Koordination anzustreben, um unerwünschte Entwicklungen wie Arbeitskräftemangel und Arbeitskräfteüberschüsse auszugleichen;
21. die Verbreitung und Übernahme bewährter Praktiken zur Unterstützung der Beschäftigung und Integration besonderer Gruppen von Einwanderern, die speziellen Schutz verdienen, zu fördern;
22. den vielschichtigen Charakter der Integration (d. h. Arbeitsmarkt, Sprache, soziale Beziehungen, kulturelle Eingewöhnung usw.) anzuerkennen. Dieses Verständnis sollte auch auf der legislativen und politischen Ebene in die Praxis umgesetzt werden;

23. die öffentliche Politik zu fokussieren und Ressourcen zuzuweisen, um NGOs und informellen Netzwerken, die die soziale und Arbeitsmarktintegration von Migranten unterstützen, wünschenswerte Arbeitsbedingungen zu ermöglichen;
24. die Bedeutung der Zivilgesellschaft und NGOs bei der Erleichterung der Integration anzuerkennen, wobei die Sportverbände ein Beispiel für Organisationen sind, die eine wichtige, verbindende Rolle bei der Integration spielen, indem sie den Menschen helfen, sich in die Gesellschaft einzuführen, sich zu engagieren, und neue Personengruppen zusammenbringen;
25. gute Beziehungen und Vielfalt innerhalb der Gesellschaft zu fördern. Solche Maßnahmen könnten Informationskampagnen, die Organisation von Veranstaltungen und eine Wohnraumpolitik umfassen, die Diversität in Wohngebieten fördern;
26. das Konzept der Drei-Wege-Integration in der Gesetzgebung und in der Politik anzuerkennen. Politische Ziele zu formulieren, die jeden Aspekt der Funktionsfähigkeit des Drei-Wege-Integrationsmodells verbessern;
27. auf lokaler Ebene umfassendere Daten über soziale, wirtschaftliche, Beschäftigungs- und Bevölkerungstrends in der BSPC-Region zusammenzustellen, die bei der Gestaltung der Einwanderungs- und Einwandererpolitik unterstützen werden;
28. relevante Projekte zu Migration und Integration, einschließlich des geplanten Flaggschiffprojekts zum Thema „Potenziale erkennen - die Integration von Migranten ermöglichen“, im kommenden EUSBSR-Aktionsplan ab 2021 rechtzeitig politisch zu unterstützen;
29. im Hinblick auf die weltweiten Entwicklungen im Frühjahr 2020 und in Anbetracht der Tatsache, dass die COVID-19-Pandemie sowie die dadurch verursachten Folgen und Belastungen eine vorübergehende Neubewertung unserer Reaktion auf andere Probleme und Herausforderungen erforderlich gemacht haben, folgende Grundsätze zu berücksichtigen
 - a) Dem Thema Migration und Integration muss weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden;
 - b) Die Migration in der Ostseeregion, in Europa und weltweit, ist und bleibt ein wesentliches Thema für die Länder und bringt weiterhin beispiellose humanitäre, wirtschaftliche, sicherheitspolitische und politische Herausforderungen mit sich;
 - c) Die internationale Zusammenarbeit - auch in der Ostseeregion - muss in diesem Politikbereich weiter verstärkt werden;
 - d) Die Frage der unbegleiteten Minderjährigen und gefährdeten Gruppen muss weiterhin im Mittelpunkt der Politik stehen;
30. die Institutionen und Projekte zu erhalten und weiterzuentwickeln, die in vielen Ländern des Ostseeraums infolge des starken Anstiegs der Flüchtlingszahlen in den Jahren 2015 und 2016 eingerichtet wurden und die entscheidend zu einer verbesserten Integration beigetragen haben, um auf zukünftige Bedürfnisse in diesem Bereich besser zu reagieren;

31. die Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe auf Nationalebene aufrechtzuerhalten und auszubauen, da diese langfristig die Hauptverantwortung im Bereich der nachhaltigen Integration und der Umsetzung langfristiger Integrationsmaßnahmen tragen;
32. erfolgreiche Beispiele von bewährten Praktiken anderer Ostseeanrainerstaaten aufzugreifen, von denen einige im Abschlussbericht der BSPC Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ hervorgehoben werden, sofern sie in die jeweiligen rechtlichen und strukturellen Rahmen integriert werden können.

Ferner beschließt die Konferenz,

33. auf der Grundlage der Beschlüsse des BSPC Standing Committee eine auf zwei Jahre angelegte Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität einzurichten - die auf der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz einen ersten Bericht vorlegen soll - welche besondere Schwerpunkte auf die Notwendigkeit gemeinsamer und durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbesserter Lösungen zur Erhaltung der dem gesamten Ostseeraum innewohnenden biologischen Vielfalt und der Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels mit besonderer Berücksichtigung
 - des Standes der politischen Ziele und Strategien in Bezug auf den Klimawandel und Biodiversität im Ostseeraum;
 - bewährter Praktiken bei der Bewältigung der miteinander verknüpften Herausforderungen der Biodiversität und des Klimawandels mit besonderem Schwerpunkt auf der Ostsee;
 - der Innovationen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Erhaltung der Biodiversität;
 - der Anpassung an den Klimawandel und der Herausforderungen für Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft;
 - der Gewährleistung effizienter und umweltfreundlicher Lösungen für Verkehr und Energieversorgung;und ihre Aufmerksamkeit auf die ökologische Seite des Klimawandels und der Biodiversität sowie auf Innovationen, Technologie und weitere wirtschaftliche Aspekte konzentriert;
34. das freundliche Angebot des schwedischen Parlaments dankbar zu begrüßen, die 30. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 29. bis 31. August 2021 in Stockholm auszurichten.